

2./XII. 1917

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Gyri & Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mersch, Rudolf Mosas, Jul. Tenzer, Ludwig Hegy, Jos. Schwarz Generalsekretär der Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 15. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.

Einzelne: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Mitglied zweimaliger Zerstörung des Haus: Ganzl. 50 K. halb. 25 K. viertel. 15 K. monat. 4.50 K. Für das Inland und Österreich: Eines Morgenblatt: Ganzl. 42 K. halb. 21 K. viertel. 10.50 K. monat. 2.60 K. Eines Abendblatt: Ganzl. 50 K. halb. 25 K. viertel. 15 K. monat. 4.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzl. 56 K. halb. 28 K. viertel. 14 K. monatlich 6. — K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertel. 2 K. mehr. Für Wien auch durch Herrn. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K. für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

64. Jahrgang.

Budapest, Sonntag, 2. Dezember 1917

Nr. 297

Ein neuer Akt slawischer Felonie in Oesterreich.

— Von österreichischer besonderer Seite. —
Wien, 1. Dezember.

Am Dienstag treten die Delegationen zusammen, die ersten während des Krieges. Hierzulande ist der Parlamentarismus sehr nüchtern und liebt auch für besondere Anlässe nicht die feierliche Ausstattung. Die Tatsache jedoch, daß die Delegationen gerade jetzt, in den Tagen der beginnenden Verhandlungen mit Rußland, zusammen-treten, hebt die diesmalige Tagung hoch über den Durchschnittscharakter empor. Es wird eine geschichtliche Tagung sein, durch ihre zeitliche Verknüpfung mit der günstigen Wendung in der Friedenspolitik eine von innerer Freudigkeit und Festlichkeit belebte Zusammenkunft der Völkerrepräsentanten. Schon die ersten Mitteilungen über das russische Verhandlungsangebot haben in der Monarchie begeisterte Aufnahme gefunden. Es läßt sich annehmen, daß unser Minister des Äußern in der Lage sein wird, während der Tagung der Delegationen noch weitere und eingehendere Mitteilungen über den Fortgang des Ereignisses zu machen, das schon in seinen Anfängen die Herzen mit lang entbehrt Wärme füllt.

Die Freude ist aber keine allgemeine und keine uneingeschränkte. Die unter tschechischer Führung stehenden slawischen Parteien des österreichischen Abgeordneten-hauses finden den Augenblick geeignet, sich grollend abseits zu stellen. Nicht die Erreichung des Friedens für die Gesamtheit, sondern die Durchsetzung ihrer besonderen, wohl-bekanntem Wünsche mit allen Mitteln erscheint ihnen auch in diesem Augenblick als die Hauptsache. Noch nientals hat sich zwischen der öffentlichen Meinung eines großen Landes und in einen perversten Gedankengang festgeramten Politikern eine breitere Kluft aufgetan.

Tschechen, Südslaven und Ukrainer erheben gegen die Regierung den unsinnigen und unbegründeten Vorwurf, daß sie die Verwirklichung des Friedens gefährde. Dieser Untat macht sie sich nach der Auffassung der genannten Parteien dadurch schuldig, daß die durch den österreichischen Regierungschef im Abgeordneten-hause ab-gegebene Erklärung über die Annahme des russischen Angebots nicht ausdrücklich auch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker angenommen hat, oder, wie das darüber ausgegebene Communiqué der staatsrecht-lichen Parteien sich ausdrückt, „die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes durch Verschweigung geradezu aus-zuschließen scheint“. Dadurch begeben sich die Regierung in dem „wichtigen Punkt des Waffenstillstandsangebotes“ in einen Gegensatz zur russischen Regierung und müsse für das etwaige Scheitern von Friedensverhandlungen „voll-verantwortlich“ gemacht werden. Noch mehr: diese Par-teien warten nicht einmal ab, ob ihre Befürchtungen durch die Tatsache gerechtfertigt werden, sondern bedür noch von russischer Seite auch nur mit einer Silbe auf einen Gegen-

satz der erwähnten Art aufmerksam gemacht wird, stellen sie fest, „daß die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einem Friedensschluß nicht führen können“. Nur mit tiefster Entrüstung kann man von dieser Kundgebung Kenntnis nehmen. Das Communiqué strotzt von Entstel-lungen. Es ist einfach nicht wahr, daß die österreichische Regierung, an deren Adresse das Communiqué zunächst gerichtet erscheint, in ihrer amtlichen Erklärung das Prin-zip der Selbstbestimmung verschwiegen hat. Ein großer Teil der von Dr. v. Seidler vorgetragenen Erklärung beschäftigte sich gerade mit dieser Frage. Und sie tat dies mit so männlich freimütigen Worten, daß nirgend, auch in Rußland nicht, ein Zweifel darüber entstehen kann, wie die maßgebenden Kreise in Oesterreich über diesen Punkt denken.

Es ist allgemein bekannt, daß das Selbstbestim-mungsrecht hinsichtlich des Inhalts und der Grenzen dieses Begriffes hauptsächlich zwei verschiedenen Aus-legungen unterworfen wird. Die eine Auslegung, welche die österreichische Regierung in ihrer Erklärung sich zu eigen machte, versteht unter Selbstbestimmungsrecht ein autonomes Recht der zu Friedensverhandlungen schreitenden Regierungen, sich mit ihren eigenen Völkern über die tatsächliche Organisation auseinanderzusetzen. Die öster-reichische Regierung hat eine solche Auseinandersetzung schon vor längerer Zeit angekündigt, und verschiedenen Äußerungen war zu entnehmen, daß bei der geplanten Neuregelung der österreichischen Verhältnisse das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur innerhalb der Grenzen des Staates und, was ja auch ganz selbstverständlich ist, nur bereit seine Befriedigung finden kann, daß nicht das Recht des einen Volkes zum Unrecht an dem anderen wird. Die andere Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes macht daraus ein Recht jeder Regierung, sich in die Fragen der staatlichen Organisation der anderen Länder einzumengen. Der Anfang November veröffentlichte Beschluß des Sowjetkongresses, auf den sich das Ver-handlungsangebot der russischen Regierung stützt, hat nun allerdings den Eindruck gemacht, als ob die Russen die letztere Auslegung in den Vordergrund rücken. Aber schon in jenem Sowjetbeschlusse war vernehmlich angedeutet, daß die Russen ihre Auffassung nicht als die allein mögliche aufdrängen wollen, und mit vollem Recht konnte in der Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung an die russische festgestellt werden, daß die russische Regierung hinsichtlich der von ihr bekanntgegebenen Richtlinien für den Waffenstillstand und Friedensvertrag „Gegen-vorschläge entgegensteht“.

Welche Bedeutung und welchen Zweck hat unter solchen Umständen das Communiqué der Tschechen, Sü-slaven und Ukrainer? Es hat die Bedeutung einer Kund-gebung, die sich nur scheinbar an die österreichische, in Wirklichkeit aber an die russische Regierung richtet und dieser suggerieren will, in den Erklärungen Dr. v. Seid-lers, die selbstverständlich in vollem Einvernehmen mit

dem Auswärtigen Amte abgegeben wurden, einen Gegensatz zu den russischen Auffassungen zu erblicken und auf ihn den Hauptton zu legen, einen Gegensatz, den die Verfasser des Communiqués zugleich als einen unüberbrückbaren aner-kannt wissen wollen. Sie fordern die russische Regierung, deren persönliche Gesinnung, von uns mit der gleichen Gesinnung erwidert, eine der wesentlichen Voraussetzun-gen für das Gelingen des Friedenswerkes ist, geradezu auf, bet ihrer besonderen Auffassung zu beharren, auf die Ge-fahr hin, daß der Friede daran scheitert. Der Zweck des Communiqués ist demnach ganz deutlich. Die hinter ihm stehenden österreichischen Politiker machen aus der Frie-densfrage eine Waffe für die gewalttätige Durchsetzung ihres Parteistandpunktes. Sie rufen die ausländische Re-gierung in dem Augenblick, da wir mit ihr zu Verhandlungen zusammentreten, zu Hilfe und verlangen von ihr, daß sie das Schicksal des Friedens davon abhängig mache, daß ihre staatsrechtlichen Wünsche im ganzen Umfange hono-riert werden. Diese österreichischen Politiker wollen die russische Regierung nicht etwa zum Schiedsrichter in österreichischen Dingen ernennen, und auch dies wäre schon, um nur die mildesten Ausdrücke zu gebrauchen, eine unzulässige und würdelose Politik, sondern ihr Begehren ist darauf gerichtet, daß die russische Regierung die Frage des Friedens als ein Druckmittel zu dem Zwecke anwen-det, um zugunsten der imperialistischen Bestrebungen ein-zelner österreichischer Politiker das Selbstbestimmungs-recht der anderen Völker Oesterreichs zu unterdrücken. Es ist ganz ausgeschlossen, daß mit dieser Deutung des Communiqués seinen Urhebern unrecht geschieht. Die Tschechen vor allem werden das nicht einwenden dürfen. Ihre Sprecher im österreichischen Abgeordneten-hause haben noch viel deutlicher und unverhohlener den Stand-punkt verkündet, der im Communiqué nur eine etwas diplomatischere Form angenommen hat.

Fassen wir nun den Tatbestand zusammen: Unser Auswärtiges Amt hat die von Rußland aufgestellten Richtlinien für die Waffenstillstands- und Friedensver-handlungen als eine geeignete Grundlage für solche Ver-handlungen akzeptiert. Zu diesen Richtlinien gehört nach verschiedenen russischen Verlautbarungen auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In der bisherigen Diskus-sion war hinsichtlich dieses Programmpunktes ein Unter-schied in den Auffassungen der Regierungen zu erkennen. Unsere Regierung ist jedoch bestrebt gewesen, bei den Rus-sen die Ueberzeugung hervorzuheben und zu festigen, daß sie in die Verhandlungen in dem Geiste aufrichtiger Ver-söhnlichkeit und mit dem Wunsche, auftauchende Gegen-sätze auszugleichen, einzutreten gedenke. Auch bei den Rus-sen ist glücklicherweise diese Gesinnung und dieses Bestre-ben vorhanden. Oesterreichische Parlamentsparteien aber versuchen, einen Gegensatz, von dem man heute noch nicht wissen kann, ob er bei den Verhandlungen auftreten, vor allem aber in welchem Grade er sich fühlbar machen wird, im vorhinein zu vertiefen und als einen unausgleichbaren